

ISOR e.V. im Bundestag

Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

Am Freitag, dem 29. Januar 2010, war es endlich so weit. Noch einmal ein Foto von den aufgestapelten 17 Kartons mit jeweils 500 Unterschriftenlisten, dann startete die Abordnung des Vorstandes in Richtung Bundestag.

Der Vorsitzende Horst Parton, seine Stellvertreter Prof. Dr. Horst Bischoff und Dr. Rainer Rothe sowie der Schriftführer Wolfgang Schmidt waren beauftragt, die von insgesamt 73.566 Personen unterstützte Petition gegen das Rentenstrafrecht dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu übergeben.

Die Übergabe im Jakob-Kaiser-Haus war dann ein symbolischer Akt: Direkt übergeben wurde nur der 17. Karton, die restlichen werden über die Poststelle zugestellt.

Das Mitglied des Petitionsausschusses, die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (Fraktion DIE LINKE.), nahm die Petition entgegen. Ihr wurde zugleich ein Schreiben an die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Kersten Steinke, überreicht. In diesem von Horst Parton unterzeichneten Schreiben heißt es u. a.:

"Angesichts der beachtlichen Zahl der Unterschriften und der weit über Hunderttausend vom Rentenstrafrecht Betroffenen halten wir es für angemessen, dass der Petitionsausschuss zu dieser Petition eine Anhörung anberaumt und ersuchen ausdrücklich darum."

Wie geht es nun weiter?

Nach den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses werden zunächst Stellungnahmen der Bundesregierung und anderer zur Auskunft verpflichteter Stellen eingeholt. Im konkreten Fall betrifft das insbesondere das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der Petitionsausschuss kann Vertreter der Bundesregierung laden, Akten anfordern, Petenten oder Sachverständige anhören.

Danach unterbreitet der Ausschussdienst schriftlich Vorschläge zur weiteren Behandlung der Petition, die von Berichterstattern aus zwei Fraktionen geprüft und als Anträge an den Petitionsausschuss formuliert werden.

Petitionen müssen in einer Ausschusssitzung einzeln aufgerufen werden, wenn eine Sammelpetition bei ihrer Einreichung von mindestens 50.000 Personen unterstützt wird. Der Petent ist dabei in öffentlicher Ausschusssitzung anzuhören. Der Ausschuss kann davon absehen, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder das beschließt.

Ergebnis der Beratung im Petitionsausschuss ist eine Beschlussempfehlung an den Bundestag, zu der eine Fraktion eine Aussprache beantragen kann.

Nach der Behandlung im Bundestag wird der Petent informiert.

Es bleibt abzuwarten, wie der weitere Verlauf gestaltet wird. Wer die am 29. Januar



ISOR-Vorsitzender Horst Parton präsentiert die 17 Kisten mit insgesamt 8270 Unterschriftenlisten



Übergabe der von 73.566 Unterzeichnern getragenen Sammelpetition an die Vertreterin des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Frau Sabine Stüber, durch Vertreter des Vorstandes

in einer Aktuellen Stunde des Bundestages geführte Debatte um die Verlängerung der Überprüfungen auf „Stasi-Verstrickungen“ verfolgt hat, wird sich fragen, ob eine Mehrheit von Bundestagsabgeordneten zu einer sachlichen und differenzierten Behandlung des Themas überhaupt fähig ist. Totschlagargumente („Beleidigung und Verhöhnung der Opfer“) werden vermutlich erneut Konjunktur haben.

Gerade deshalb hat unsere Petition Sinn. Es wird sich zeigen, was von den viel beschworenen bürgerlichen Freiheiten, von den Werten des Grundgesetzes und der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Gleichheit vor dem Gesetz, übrig bleibt, wenn dies konkret hinterfragt wird. Gerichte können festgefahrene Politik korrigieren, müssen das aber nicht.

Alles ist also offen, selbst die konkrete weitere Behandlung unserer Petition im Petitionsausschuss. Sicher ist nur, dass noch einige Zeit vergehen wird, bis es zu Entscheidungen kommt. Der Bundestag und der Petitionsausschuss werden jetzt zu entscheiden haben, ob und in welchem Umfang sie demokratische Meinungsäußerungen von 73.566 Bürgern dieses Landes ernst nehmen und wie sie damit umgehen.

Für uns bedeutet das, in unserem solidarischen Zusammenhalt nicht nachzulassen und die bewährte Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften weiter zu festigen.

Unser Respekt und unser herzlicher Dank all denen, die das Anliegen unserer Sammelpetition unterstützt haben und ganz besonders jenen unter ihnen, die nicht zum Kreis der Betroffenen gehören.

Unmittelbar im Anschluss an die Übergabe der Petition im Bundestag wurde die Pressemitteilung (s. S. 2) an die Medien, an Verbände und Vereine, Gewerkschaften und linke Parteien übermittelt. □

Pressemitteilung

Thema: Petition mit 73.566 Unterschriften gegen das Rentenstrafrecht

Am 29. Januar 2010 übergaben verantwortliche Vertreter des Vorstandes der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V.“ (ISOR e.V.) dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eine Sammelpetition, die von insgesamt 73.566 Unterzeichnern unterstützt wird. Diese Petition fordert zur Beseitigung der diskriminierenden Regelungen der §§ 6 (2) und 7 des Gesetzes zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (AAÜG) auf.

Die Petition nahm die Abgeordnete Sabine Stüber (Fraktion DIE LINKE.) in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages entgegen.

Die Petenten erklären, dass mit der pauschalen und willkürlichen Kürzung der durch Beitragszahlung erworbenen Rentenansprüche einer Gruppe von Partei- und Staatsfunktionären, Mdl- und NVA-Angehörigen, Richtern und Staatsanwälten der DDR sowie aller ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf maximal 1,0 Entgeltpunkte das anerkannte Prinzip der Wertneutralität des Rentenrechts grob missachtet und das Rentenrecht als Strafrecht missbraucht würden.

Tragende Begründungen für dieses Vorgehen hätten sich zwischenzeitlich als haltlos erwiesen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, ihrer parlamentarischen Verantwortung zur Beseitigung dieses grundgesetzwidrigen Zustandes nachzukommen und diese Aufgabe nicht – wie in der Vergangenheit mehrfach praktiziert – an die Sozialgerichte und das Bundesverfassungsgericht abzu delegieren.

Von dem fortbestehenden Rentenstrafrecht sind weit über hunderttausend Menschen betroffen. ISOR e.V., ein Sozialverein mit mehr als 22.000 Mitgliedern, kämpft seit fast zwanzig Jahren gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinen mit beachtlichen Zwischenresultaten für dessen restlose Beseitigung, auch wenn nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes die entsprechenden sozialen Diskriminierungen für große Personengruppen bereits aufgehoben bzw. abgemildert wurden.

Zum § 6 (2) AAÜG wird eine erneute Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erwartet. Auf neue rechtserhebliche Tatsachen gestützte Verfahren zum § 7 AAÜG liegen dem Bundessozialgericht vor und werden nach Ausschöpfung des Rechtsweges an das Bundesverfassungsgericht herangetragen werden.

Der vollständige Text der Petition und Bilder von der Übergabe der Petition an den Petitionsausschuss sind unter www.isor-sozialverein.de (Rubrik Aktuelles) abrufbar.

F.d.R.:

(Karl-Heinz Hypko, Geschäftsführer)

Bei anderen gelesen:

Sozialreport 50+ 2009

ZUFRIEDENHEIT UND WACHSENDE ZUKUNFTSANGST – Die heute über 50-Jährigen in den ostdeutschen Bundesländern sind mehrheitlich mit ihrem Leben zufrieden. Allerdings ist der Anteil der Zufriedenen unter ihnen in den letzten zehn Jahren gesunken. Das zeigt der am Mittwoch in Berlin vom Sozial- und Wohlfahrtsverband Volkssolidarität vorgestellte „Sozialreport 50+“, der die soziale Lage der Bürger ab 50 Jahren in Ostdeutschland untersucht. Erarbeitet wurde die Studie im Auftrag des Verbandes vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) e.V.. Für die Studie wurden laut SFZ im März und April 2009 1.240 Bürger ab 50. Lebensjahr befragt.

... Die ab 50-Jährigen in den neuen Bundesländern schauen auch immer pessimistischer in die Zukunft, so der Report. Nur ganze zwei Prozent gehen davon aus, dass sich ihre Zukunftsaussichten verbessern. 40 Prozent sehen eher Verschlechterungen, während 42 Prozent keine Änderungen in den nächsten fünf Jahren erwarten.

... Über die Hälfte der Befragten erwarten demzufolge Verschlechterungen bei Arbeit, Altersabsicherung, Einkommen und sozialer Sicherheit. ... Verbandspräsident Winkler machte darauf aufmerksam, dass die heutigen und künftigen Rentner in Ostdeutschland nicht mehr pauschal zu „Gewinnern der Einheit“ erklärt werden könnten. Nur 20 Prozent von ihnen seien schon 1990 Rentner gewesen. „2009 verfügten 61 Prozent der 50- bis 60-Jährigen und 68 Prozent der 60- bis 65-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit von 42 bzw. 38 Monaten.“ Es sei „eine Rentnergeneration nachgerückt, welche weder einmalige Zusatzleistungen (Auffüllbeiträge) erhalten hat noch über ungebrochene,

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand nahm zur Kenntnis, dass in einem weiteren Verfahren (§ 7 AAÜG) vor dem LSG Berlin / Brandenburg die Revision wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Angelegenheit zugelassen wurde.

Ein anderer Senat des LSG Berlin / Brandenburg hat in einem Parallelverfahren die Revision beim Bundessozialgericht nicht zugelassen. Mit dem Gutachten seien keine neuen rechtserheblichen Tatsachen vorgetragen, das Datenmaterial sei lückenhaft und das Gutachten insgesamt sei nicht schlüssig. Das Mitglied des Vorstandes Gerhard Dylla schilderte als Kläger seine persönlichen Eindrücke von der mündlichen Verhandlung. Das Rechtsmittel einer Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision wird geprüft.

Gegenwärtig liegen vier Revisionen beim BSG vor. Die Tatsache, dass in nur etwa einem Jahr ein solches Ergebnis erreicht werden konnte, ist als ein Erfolg zu werten.

★

Der Vorstand fasste einen von Horst Bischoff begründeten Beschluss zu Struktur und Arbeitsweise des Vorstandes. Darin wird die bewährte Aufgabenverteilung und Arbeitsweise fortgeschrieben. Auf die Funktion eines Pressesprechers wird künftig verzichtet, da die erhoffte Außenwirkung trotz des engagierten Einsatzes von Wolfgang Stuchly nicht zu erreichen war und nach den gesammelten Erfahrungen auch nicht eintreten wird.

★

In Vorgriff auf eine ausführlichere Analyse bei der nächsten Vorstandssitzung berichtete Peter Speck, dass 2009 weniger als geplant ausgegeben wurde. Zwar liegen die Ausgaben aus den bekannten Gründen (Gutachten, Vertreterversammlung) über den Einnahmen, sind aber deutlich geringer ausgefallen als vorgesehen war.

durchgängige Erwerbsbiografien verfügt“ ...

Winkler warnte in dem Zusammenhang, dass für einen „hohen Anteil“ der ostdeutschen Generation 50+ Altersarmut drohe.

Zu den Ursachen gehöre die hohe Arbeitslosigkeit und Niedriglöhne ebenso wie stagnierende und rückläufige Leistungen der gesetzlichen Rente.

„Das ist im Osten besonders bedeutsam, da andere Formen der Alterssicherung nach wie vor weitgehend fehlen.“

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Die Volkssolidarität fordere deshalb höhere Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose und eine Rente nach Mindesteinkommen für Niedrigverdiener sowie einen gemeinwohlorientierten zweiten Arbeitsmarkt als „Brücke in die Rente“. Zugleich warnte der Verband vor einer weiteren Abwertung

Aus der Postmappe:

Bezugnehmend auf euer Schreiben vom 26.11.2009 gibt es zur angestrebten Ordnung betreffs der Gratulationen in „ISOR aktuell“ seitens unseres Vorstandes keine andere Auffassung. Ordnung muss sein!

Als völlig im Widerspruch zur Auffassung der Bedeutung des Bindegliedes ISOR - Mitglied steht jedoch die Absicht, statt des Wohnortes des *Jubilars* nur noch die TIG desselben zu nennen. Das ist so nicht in Ordnung! Wenn ein Jubilar nicht mit seinem Wohnort benannt wird, fühlt er sich nicht angesprochen und aus dem Kreis seiner früheren Arbeitskollegen gibt es unnötige Fragen.

In den ländlichen Kreisen ist das besonders zutreffend!

Verunsicherungen ergeben sich auch aufgrund der mehrfach in letzter Zeit vollzogenen staatliche Strukturveränderungen, denen wir mit unteren Strukturen nicht gefolgt sind.

Also, bitte lasst die drucktechnische Abfassung Name, Wohnort - wie bisher. Überlasst die Nennung des Ortes dem Antragsteller, der zuständigen TIG.

Paul Bormann,
Vorsitzender der TIG Kamenz

Stellungnahme der Redaktion:

Ähnliche Bedenken haben auch andere TIG-Vorsitzende geäußert. Wir haben das zum Anlass genommen, die Darstellung der Liste der Jubilare nochmals zu erörtern und werden dem Vorschlag von Paul Bormann folgen. Vom Namen der TIG abweichende Wohnorte von Jubilaren werden wir nur nennen, wenn das ausdrücklich

des realen Rentenniveaus durch die drohende Kopfpauschale und andere Zusatzbelastungen im Gesundheitsbereich.

Die immer noch ausstehende Angleichung des Rentenwertes Ost bezeichnete Winkler als „nicht nur einen notwendigen Schritt zur Herstellung von Rechtsgleichheit und -gerechtigkeit in Deutschland, sondern auch zur Armutsvermeidung.“

gewünscht wird. Wir bedanken uns für die kritischen Hinweise.

Von Mitglied zu Mitglied:

Vermiete ganzjährig in **Koserow** auf Usedom gemütl. 33 m² -Fewo für 2 Pers. (NR) Parterre mit Balkon und Parkplatz.

Etwas 600 m bis zum Strand.
Tel. 038377 40091



Komf. FEWO/-Zi. 4 Sterne, Prosp. anfordern.
Schleusingen/Thür../Nähe Rennsteig
Tel.: 036841 47598 oder
www.ratschererhoehe.de

Auf dem Büchermarkt:

W. Großmann / W. Schwanitz (Hrsg.)
Fragen an das MfS.

Auskünfte über eine Behörde
(Verlag edition ost Berlin 2010)
ISBN: 978-3-360-018-7

Preis: 17,95 €

27 ehemalige Mitarbeiter aus Abwehr und Aufklärung beantworten 180 Fragen rund um das MfS, wie sie vor allem von Gymnasiasten, Studenten und Interessenten gestellt wurden. Sie weichen unangenehmen Fragen nicht aus, reagieren sowohl auf Vorurteile und auf Kritik, die seit 1989 in den Medien immer wieder eine Rolle spielte. Sie wollen antikommunistischen Klischees sachliche Informationen entgegensetzen und zum Nachdenken und zu eigener Urteilsbildung anregen.

Die Materialien der Pressekonferenz vom 20.01.10 können unter „Bei anderen gelesen“ als pdf-Dateien heruntergeladen werden:

- Statement Prof. Dr. Gunnar Winkler
- Kurzfassung Sozialreport 50+ 2009
- Langfassung Sozialreport 50+ 2009

Quelle: **Pressemeldung der Volkssolidarität Nr. 8/2010**

Unten links

Wie bereits an dieser Stelle konstatiert: Wir leben in einer Mangelwirtschaft. Es fehlen nicht nur Streusalz und Rußpartikelfilter. Es mangelt an allem überall: den Kommunen an Geld, Lehrern an Respekt, Jugendlichen an Friedfertigkeit, Managern an Bescheidenheit, Banken an Kreditfreudigkeit, Behörden an Kundenfreundlichkeit, Fernsehprogrammen an Niveau, Talkshows an Geist, Zeitungen an Abonnenten, dem Arbeitsmarkt an Stellen, Steuerprüfern an Nachsichtigkeit, redlichen Bürger an Einkommen. Politikern mangelt es an Wahrnehmung der Not im Lande, der Bundeswehr an Instruktionen, wie Tanklaster zu schützen sind, der Kanzlerin an stilvoller Sprache, dem Außenminister an Englischkenntnissen, Oskar L. an Loyalität und seiner Partei an einem Programm. Der Gesellschaft mangelt es an Werten, der Elite an Verantwortungsbewusstsein, Vordenkern an Visionen und dem Gemeinwesen an Solidarität und Mitgefühl. Es wird kälter. Eiskalt. Soviel zur globalen Erwärmung.

Ves

(Aus ND vom 9./10.01.10 - Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.01.2010

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.02.2010

Einstellung ins Internet: 05.03.2010

Auslieferung: 11.03.2010

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr